

Nicht Teilzeit fördern, sondern bessere Rahmenbedingungen schaffen

Teilzeit = weniger Einkommen = weniger Pension = Altersarmut. Von dieser Gleichung sind in Österreich vor allem Frauen betroffen. Um den Teufelskreis zu durchbrechen, fordert WK-Vizepräsidentin Astrid Legner bessere Rahmenbedingungen ein.

05.08.2021, 10:02



© ROMAN HUDITSCH FOTOGRAFIE

„Unser Ziel muss sein, allen Frauen in Österreich eine Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen. Nur so können wir die weibliche Altersarmut langfristig reduzieren“, sagt Astrid Legner, WK-Vizepräsidentin und Landesobfrau von Frau in der Wirtschaft Kärnten.

Teilzeitarbeit ist in Österreich „typisch weiblich“: Fast eine Million Österreicherinnen arbeiten in Teilzeit, nämlich rund 48 Prozent der erwerbstätigen Frauen. Zum Vergleich: Im EU-Durchschnitt arbeiten rund 29 Prozent der Frauen in einer Teilzeitbeschäftigung. Diese Situation habe Österreichs Frauen in den vergangenen Jahrzehnten in eine Negativspirale geführt, betont WK-Vizepräsidentin Astrid Legner: „Teilzeitarbeit bedeutet leider oft auch Altersarmut. Die geringeren Einkommen der Frauen führen später zu noch geringeren Pensionen.“ Laut Statistik Austria ist die durchschnittliche Alterspension der österreichischen Frauen um 49,2 Prozent niedriger als jene der Männer (Wert 2019).

Dieser Entwicklung müsse dringend entgegengewirkt werden. Dem aktuellen „Familienarbeitszeit“-Vorschlag von Arbeiterkammer und Gewerkschaft kann sie aber wenig abgewinnen: „Das bringt uns langfristig gesehen gar nichts. Bonuszahlungen generieren keine Einzahlungen auf das Pensionskonto und verschärfen das Problem der weiblichen Altersarmut noch weiter.“ Dazu komme, dass dieses Modell nur einen geringen Teil der Erwerbstätigen anspricht – auch Unternehmerinnen werden nicht berücksichtigt, obwohl die Hälfte aller Unternehmerinnen Kinder hat.

Kinderbetreuung & Pensionskonto

Grundsätzlich sei es wichtig, über Altersarmut und unterschiedliche Lösungsansätze für diese Problematik zu diskutieren, so Legner: „Darüber wurde in Österreich zu lange nicht gesprochen. Wir müssen dringend neue Wege gehen – aber bitte nicht über eine Förderung für noch mehr Teilzeitbeschäftigung. Das Ziel muss sein, allen Frauen eine Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen.“ Anstatt in einen Teilzeitbonus für Eltern könnte das Geld in höhere Beiträge und vor allem zweckgebunden auf das Pensionskonto für Kinderbetreuungszeiten investiert werden. Das würde höhere Pensionszahlungen auslösen.

Auch vielfältigere Kinderbetreuungsangebote mit flexibleren Betreuungszeiten seien dringend notwendig. „Gute Rahmenbedingungen würden uns jedenfalls viel mehr helfen als halbherzige Bonuszahlungen“, bringt es die WK-Vizepräsidentin auf den Punkt. Derzeit fehle es an den geeigneten Rahmenbedingungen. Speziell im Bereich der Kinderbetreuung gebe es akuten Handlungsbedarf. So ist das Angebot an ganztägiger und flexibler Betreuung gering; und gerade für die Jüngsten werden zu wenig Optionen geboten. „Und eines ist klar: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Basis für eine Vollerwerbstätigkeit der Frauen. Derzeit wird es Frauen in Österreich extrem schwer gemacht, nach einer Geburt wieder ins Berufsleben einzusteigen.“ In den Betrieben werde der Fachkräftemangel dadurch noch weiter verschärft. „Top ausgebildete Mitarbeiterinnen und Unternehmerinnen können nicht mehr in dem Ausmaß arbeiten, wie sie es sich wünschen, weil Karriere- und Familienplanung in Österreich kaum vereinbar ist. Diese Schiefelage muss endlich ein Ende haben. Wir werden unsere Mitarbeiterinnen und auch den Nachwuchs an Fachkräften in Zukunft mehr denn je brauchen“, gibt die WK-Vizepräsidentin und Landesobfrau von Frau in der Wirtschaft Kärnten zu bedenken.

Die Entwicklung gehe aber in die völlig falsche Richtung. Ein Grund dafür sei die Coronakrise: „Homeschooling und fehlende Betreuungseinrichtungen haben nicht nur die Teilzeitbeschäftigung von Frauen weiter steigen lassen, sondern auch einen Rückgang bei den Krippenkindern im Jahr 2020 bewirkt.“ Dies zeige einmal mehr, wie wichtig der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag sei. In einem ersten Schritt spricht sich Legner für eine flächendeckende Bedarfserhebung an Kinderbetreuungsplätzen aus. „Derzeit befinden wir uns in einem Vakuum: Eigentlich weiß niemand, was Familien wirklich brauchen oder was ihnen fehlt. Um hier einen Überblick zu erhalten, muss der Bedarf österreichweit – sowie nach Bundesländern gesplittet – erhoben werden. Nur so können wir ein optimales Angebot schaffen und die Familien bestmöglich unterstützen.“

Rückfragen:

Wirtschaftskammer Kärnten

Frau in der Wirtschaft

Mag. Tanja Telesklav

T 05 90 90 4 - 731

E tanja.telesklav@wkk.or.at

Das könnte Sie auch interessieren



Kostendruck auf Transporteure wächst: Preissteigerungen unvermeidbar

Auf Fairness und Verständnis hoffen die Kärntner Transporteure, die extrem von den hohen Treibstoffpreisen betroffen sind: Um überhaupt kostendeckend arbeiten zu können, müssen sie ihre Preise um bis zu 20 Prozent anheben. [➤ mehr](#)



Mandl: Warterei der Betriebe muss ein Ende haben!

Bezirksverwaltungsbehörden sind mit Entschädigungszahlungen nach dem Epidemiegesetz überfordert, kritisiert die Wirtschaftskammer. Der Klagenfurter WK-Obmann Ahm schlägt vor, die Abwicklung zu digitalisieren. [➤ mehr](#)



Kärntner Wirtschaft setzt sich für Ukraine-Vertriebene ein

Ein Bündel an Unterstützungsmaßnahmen hat die Kärntner Wirtschaft geschnürt, um erste Hilfe zu leisten und den Kriegsflüchtlingen zumindest vorübergehend eine Perspektive zu bieten. [➤ mehr](#)